

Ausbau der Windenergie kommt kaum voran

FAZ
27.04.15

Zielvorgaben in Flächenländern in Gefahr / Umweltminister optimistisch / Widerstand wächst

rso./reb. STUTTGART/DÜSSELDORF, 26. April. In den großen Flächenländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg kommt der Ausbau der Windenergie und damit ein zentrales Vorhaben der Energiewende nur noch schleppend voran. In beiden Ländern ist es fraglich, ob die Zielvorgaben von mindestens 15 Prozent (Nordrhein-Westfalen) und zehn Prozent (Baden-Württemberg) Windenergieanteil an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 erreicht werden können. Derzeit beträgt der Windenergieanteil in den beiden Ländern nur vier beziehungsweise sogar nur 2,4 Prozent. In Baden-Württemberg sind seit Amtsantritt von Grün-Rot im Jahr 2011 lediglich 42 neue Windkraftanlagen gebaut worden. Um das selbstgesteckte Zehn-Prozent-Ziel zu erreichen, müssen in den nächsten fünf Jahren mindestens tausend Windkraftanlagen gebaut werden. 2014 gingen im Südwesten nur sieben Windkraftanlagen ans Netz.

Die Umweltminister der beiden Länder zeigten sich dennoch verhalten optimistisch. „Wenn wir Ende des Jahres 2020 die zehn Prozent nicht ganz erreicht haben sollten, dann wäre das nicht der Untergang Baden-Württembergs und auch nicht die Bankrotterklärung für unsere Energiepolitik, die aus deutlich mehr besteht als dem Ausbau der Windkraft“, sagte der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) dieser Zeitung. Sein Parteifreund Johannes Rimmel aus Nordrhein-Westfalen sagte, die 15-Prozent-Vorgabe könne erfüllt werden, wenn der Zubau von Windenergieanlagen weiter gesteigert werde. Zugleich schob Rimmel dem Bund Verantwortung zu. „Ohne Investitionssicherheit – und dafür muss die Bundesregierung sorgen – werden die Ziele in NRW immer schwerer erreichbar.“ Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Armin Laschet, sagte dagegen, Rimmel sei für den schleppenden

Ausbau selbst verantwortlich. Die im Entwurf des Landesentwicklungsplans vorgesehenen verbindlichen Zahlen für Windvorrangzonen nach Regionen befeuerten den Widerstand in den Kommunen. Allein in der Region südliches Westfalen habe es Zehntausende Einwendungen von Bürgern gegeben. Auch liege der von Rimmel für den Sommer 2014 angekündigte Windenergieerlass bis heute nicht vor. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz wächst der Widerstand gegen Windenergieprojekte. Der CDU-Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg, Guido Wolf, sagte dieser Zeitung: „Die Euphorie beim Windenergieausbau ist vorbei. Die Bürger halten den Ausbau der Windenergie für übertrieben. Das Ziel der Landesregierung halte ich für unrealistisch, denn Baden-Württemberg ist kein Windland.“ (Siehe Seite 3.)

27.04.15

Im Gegenwind

Wenn Windräder
Mordmaschinen sind
und grüner Strom rot
ist. Ob Stauferland oder
Sauerland – vielerorts
bilden sich Initiativen
gegen den Ausbau der
Windenergie.

Von Rüdiger Soldt
und Reiner Burger

Am Naturdenkmal Kaisereiche haben Ausflügler einen herrlichen Blick auf den Albtrauf. Vielleicht nicht mehr lange. Vielleicht werden im Schurwald rund um Schorndorf schon bald 220 Meter hohe Windräder stehen. Hanna Buck steht im Garten ihres Hauses im Teilort Schorndorf-Oberberken. Die japanische Kirsche steht in voller Blüte. Auch Hanna Buck wird bei der Gartenarbeit bald ziemlich viele Windräder und ziemlich wenig vom schönen Albtrauf sehen. „Wir sind ja grüne Stammwähler und Mitglieder des BUND. Was die hier machen, das ist aber grün-roter Ökowahnsinn. Die machen unser schönes Stauferland kaputt“, sagt sie.

Je näher der Bau der Windparks rückt, je mehr Windräder genehmigt werden, desto größer wird die Zahl empörter Bürger: in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und auch in Baden-Württemberg, einem Land, das mit windhöffigen Standorten nicht gesegnet ist. „Die Zeit ist knapp, aber Bürger sind nicht wehrlos: Unterstützen Sie die Kraft der Vernunft“, heißt es auf dem Flugblatt der Bürgerinitiative. Im Schurwald sollen für etwa zwanzig Windräder etwa 65 Hektar Wald gerodet werden. Am meisten ärgert die Windkraftgegner die Landschaftszerstörung und die angeblich schlechte Rentabilität der Anlagen. Die Stadtwerke von Tübingen, Fellbach, Schorndorf und die „Energievereinigung Filstal“ wollen die Anlage auf der „Windvorrangfläche GP-O3“ gemeinsam betreiben. Als Anfang April Landwirtschaftsminister Alexander Bonde (Grüne) den Pachtvertrag übergab, demonstrierten einige Gegner des Projekts auf einem ehemaligen Deponegelände der Bundeswehr.

Besonders enttäuscht waren Buck und ihre Mitstreiter vom Auftreten des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer. Der Grüne sei „sehr ausfallend“ geworden, berichtet Buck. Auf einem Videomitschnitt der Demonstration sagt Palmer zu einem Windkraftgegner: „Wer selbst Auto fährt, muss sich über den Lärm von Windrädern nicht beklagen.“ Für die Windkraftgegner ist das eine unlautere Vermischung unterschiedlicher Themen. Akzeptanz für den Windkraftausbau schafft ein solcher Satz nicht. Zur von den Grünen in Baden-Württemberg versprochenen „Politik des Gehörtwerdens“ passt er auch nicht. Die Mitglieder der Bürgerinitiative hätten von dem grünen Politiker lieber eine Antwort auf die Frage bekommen, ob die durch den Windparkbau verursachte Landschaftszerstörung in einem vertretbaren Verhältnis zum wirtschaftlichen Ertrag steht. „Tübingen, Schorndorf und Fellbach haben zusammen etwa 120 000 Einwohner. Das sind 90 000 Haushalte. Der Strom des Windparks reicht gerade mal für popelige 9000 Haushalte“, sagt Hanna Buck. Dafür will sie ihr Stauferland nicht opfern.

Es gibt kaum ein Windenergie-Projekt im Südwesten, das die Bürger widerspruchslos hinnehmen. „Windwahn im Schwachwindgebiet“ – diesen Satz haben sich viele kleine Bürgerinitiativen auf ihre Plakate geschrieben. In Stuttgart ist die CDU – mit Schützenhilfe von Nabu und BUND – gerade dabei, zwei Windräder im Tauschwald zu verhindern. Auch hier haben die Bürger Zweifel an der Wirtschaftlichkeit. Kann es angehen, für eine Rendite von sechs Prozent zwei Windmühlen in ein Landschaftsschutzgebiet zu stellen? Demnächst wird der Stuttgarter Gemeinderat darüber entscheiden, eine Mehrheit ist nicht sicher. Für die Grünen ist es ein Prestigeobjekt. In der Nähe Emmendingens in Südbaden kämpft eine „IG Gegenwind“ gegen eine geplante Anlage, die im dortigen Peterswald 14 Vogelarten gefährden und vor allem die Rotmilan-Population bedrohen könnte. Die Vögel sind vom Aussterben bedroht. In Titisee-Neustadt und St. Märgen sind es Gastronomen und Hoteliers, die sich gegen den Bau der Anlagen wehren, weil sie Schaden von der Tourismusregion Hochschwarzwald abwenden wollen. In der kleinen Gemeinde Engelsbrand bei Pforzheim schaffte es eine neue Liste von Windkraftgegnern bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr auf Anhieb sogar, stärkste Fraktion im Gemeinderat zu werden. Die Mitglieder der Bürgerinitiativen oder „Aktionsgemeinschaften“ kommen aus allen Parteien, viele sind engagierte Naturschützer. Manchmal sind bei den Bürgerinitiativen auch schrille Töne zu hören, etwa wenn der einstige Mitbegründer des BUND, Enoch zu Guttenberg, auftritt und die Zerstörung des Landschaftsbildes durch den Bau von Windrädern in Deutschland mit der Zerstörung von Kulturstätten im Irak

durch die Terrormilizen des „Islamischen Staats“ vergleicht. „Grüner Strom ist kein grüner Strom, es ist roter Strom, Blutstrom, weil die Windräder Vogelmordmaschinen sind“, sagt der Vater des früheren Verteidigungsministers und bekommt für diese Verbalradikalität regelmäßig Applaus.

Der anschwellende Bürgerprotest vielerorts in Deutschland dürfte den ohnehin schleppenden Windenergie-Ausbau weiter verlangsamen. Manche Investoren ziehen sich aus den Projekten zurück, wenn sie genehmigt sind, weil ihnen Auflagen wie ein nächtliches Betriebsverbot zum Schutz der Fledermäuse die erwartete Rendite verdirbt. 2014 konnten in Baden-Württemberg gerade mal sieben Anlagen in Betrieb genommen werden; in diesem Jahr waren es bislang nur zwei. Die Aussagen des baden-württembergischen Umweltministers Franz Untersteller (Grüne) klingen nicht mehr ganz so optimistisch wie früher, als die Regierung noch von einer „Goldgräberstimmung“ sprach. Dass es gelingt, zehn Prozent der Bruttostromerzeugung im Jahr 2020 aus südwestdeutschen Windparks ins Netz einzuspeisen, ist fraglich. Man müsse die „Dynamik beibehalten“ und weiter pro Jahr hundert Baugenehmigungen erteilen, sagt der Minister. Und wenn man 2020 die zehn Prozent nicht ganz erreicht habe, dann sei das nicht der „Untergang Baden-Württembergs“. Zuversicht klingt anders.

Die rechtlichen Hürden für den Windkraftausbau sind hoch: Arten-, Landschafts- und Denkmalschutz, Fällgenehmigungen, Änderung von Flächennutzungsplänen und der oft schwierige Interessenausgleich zwischen einzelnen Kommunen ziehen die Genehmigungszeit in die Länge. An den Verfahren sind nicht selten zwei Dutzend Behörden beteiligt. Weil durch das neue Landesplanungsgesetz Ausschlussgebiete abgeschafft worden sind, kann auch in Natur- und Landschaftsschutzgebieten gebaut werden. „Planungsrechtlich lässt sich nicht mehr viel beschleunigen, es sind ja europarechtliche Vorgaben. Die Genehmigungsdauer liegt zwischen einem Jahr und vier Jahren, wenn es keine Klagen gibt“, sagt die Stuttgarter Rechtsanwältin Gabriele Heise, deren Kanzlei sowohl Investoren als auch Bürgerinitiativen vertritt.

Die naive Begeisterung für die Windkraft, wie sie in den ersten Jahren nach dem Start der Energiewende vorherrschte, ist Vergangenheit. Rund 800 Anti-Windkraft-Initiativen gibt es nach Schätzung des Dachverbands „Vernunftkraft“ schon in Deutschland. Von den etwa 130 Bürgerinitiativen allein in Baden-Württemberg haben sich etwa dreißig im „Landesverband Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen“ organisiert. Der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes, Matthias Kraus, sagt: „Wir wollen die Atomkraft nicht wiederhaben, aber in unserem Land weht wenig Wind. Deshalb wollen wir dummes Zeug und die Zerstörung von Kulturlandschaften verhindern.“

Im sauerländischen Bödefeld ist Martin Peters ein bisschen nervös. Eine solch große Sache hat der Elektroingenieur bisher noch nicht geplant. Er erwartet nicht nur aus ganz Nordrhein-Westfalen Windkraftgegner. Auch aus Rheinland-Pfalz und Hessen haben sich Aktivisten auf den Weg tief hinein ins Sauerland gemacht, um in der Schützenhalle St. Vitus in Schmallenberg-Bödefeld an der Veranstaltung „Stoppt den Windwahn“ des Vereins „Umwelt- und Naturschutz Schmallenberg“ teilzunehmen. „Das hat es in Deutschland noch nicht gegeben“, sagt Peters. „Wir müssen das Ding jetzt ganz groß machen“, ergänzt sein Mitstreiter Werner Weller vom rheinland-pfälzischen Dachverband „Energiewende für Mensch und Natur“, der 44 Bürgerinitiativen vertritt. Hinter „Vernunftkraft“ aus Hessen stehen wiederum mehr als achtzig Initiativen, und in Nordrhein-Westfalen gibt es unter dem Dach von „Vernunftkraft“ schon beinahe neunzig lokale Anti-Windkraft-Bündnisse. „Wir sind die größte außerparlamentarische Opposition seit 1968“, sagt Heiner Brinkmann. Er kommt aus der Nähe von Paderborn, wo viele Orte von Windrädern regelrecht umzingelt sind. Damit sich die Bödefelder besser vorstellen können, was auf sie zukommt, hat Brinkmann auf jeden Stuhl in der Schützenhalle die Farbkopie eines Fotos aus seiner Heimat ausgelegt: Dutzende Riesenwindräder, jedes höher als der Kölner Dom, ragen unmittelbar hinter einem Dorf in die Höhe. „Das ist keine Montage“, sagt Brinkmann.

Der 1100-Seelen-Ort Bödefeld in Südwestfalen nennt sich „Naturdorf“. Denn wie alle Orte in der Gegend lebt Bödefeld hauptsächlich von den Reizen der sauerländischen Natur und damit vom Tourismus: Bis aus den Niederlanden kommen die Gäste zum Wandern und im Winter natürlich auch zum Skifahren und Rodeln. Nun soll Bödefeld auch bei der Energiewende eine wichtige Rolle spielen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich ein noch ehrgeizigeres Ziel als Grün-Rot in Stuttgart vorgenommen. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil der Windkraft am Bruttostromverbrauch in Nordrhein-Westfalen auf 15 Prozent erhöht werden. Das Sauerland soll zu diesem ehrgeizigen Projekt in besonderem Maß beitragen: Im Entwurf des Landesentwicklungsplans sieht die rot-grüne Lan-

desregierung in Düsseldorf eine Fläche von 180 Quadratkilometern allein in Südwestfalen für die Windkraftnutzung vor.

Es ist nicht so, dass die Leute in Südwestfalen Gegner der Windkraft wären. Viele Gemeinden haben in den vergangenen Jahren für sie Flächen ausgewiesen, vielerorts drehen sich schon lange Windmühlen. Doch dann stellte die Bezirksregierung Arnsberg auf der Grundlage der ehrgeizigen Fünfzehn-Prozent-Vorgabe einen regionalen Windenergieplan auf, in dem auch viele von den Kommunen als ungeeignet definierte Flächen und sogar beliebte Ausflugsziele auftauchen. Statt den Ausbau der Windenergie in Südwestfalen zu beschleunigen, rief die Bezirksregierung mit ihrem forschen Vorgehen einen Sturm der Entrüstung hervor: Weit mehr als 20 000 Einwendungen gingen in Arnsberg ein. Wie viele es genau sind, weiß man in der Behörde immer noch nicht. Seit Monaten ist ein Dezernat mit einem halben Dutzend Mitarbeitern dabei, den Papierberg abzuarbeiten. Voraussichtlich erst im kommenden Jahr wird die Bezirksregierung das Verfahren abschließen können.

Nicht überall gibt es so gravierende Schwierigkeiten wie in Südwestfalen. Aber schleppend geht der Ausbau der Windkraft trotzdem in ganz Nordrhein-Westfalen voran. Dass Rot-Grün seine Windkraft-Vorgabe erfüllen kann – mithin eines der zentralen landespolitischen Zwischenziele für die Energiewende –, ist äußerst unwahrscheinlich. Seit dem Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün vor fünf Jahren konnte der Windstromanteil im bevölkerungsreichsten Bundesland lediglich von drei auf aktuell vier Prozent erhöht werden. Der nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) glaubt trotzdem, dass das 15-Prozent-Ziel erreichbar ist. Der Zubau müsse weiter gesteigert, weitere Flächen müssten für die Windenergienutzung ausgewiesen werden, sagt er. Der Umweltminister setzt auch auf die Steigerung der Energieeffizienz. „Dadurch sinkt der Stromverbrauch, und der Weg zum Ausbauziel wird kürzer“, äußert Remmel und schiebt dann Berlin den Schwarzen Peter zu. Absolut schädlich seien Diskussionen über das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) gewesen, das habe Bürger und Investoren massiv verunsichert. „Ohne Investitionssicherheit für den Ausbau in Sachen Wind – und dafür muss die Bundesregierung sorgen – werden die Ziele in Nordrhein-Westfalen immer schwerer erreichbar.“ Armin Laschet, der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, glaubt dagegen, dass Remmel für den schleppenden Ausbau selbst verantwortlich ist. Gerade in Südwestfalen könne man sehen, wie Rot-Grün mit einer Politik von oben herab den lokalen Widerstand befeure. „Remmel hat es versäumt, den Dialog mit den Betroffenen vor Ort zu suchen. Die Energiewende wird nur mit den Menschen gelingen, nicht gegen sie.“ Noch deutlicher wird Laschets Parteifreund Josef Hovenjürgen, der das Thema in der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag bearbeitet, die Windkraft ausdrücklich als den „Lastesel der Energiewende“ bezeichnet und selbst

Anlagen betreibt. „Die CDU ist da ja wirklich ein gebranntes Kind – siehe Atomkraft.“ Dass der Widerstand von Bürgerinitiativen gegen die Windkraft mittlerweile eine ganz neue Qualität bekommen hat, konnte der Umweltminister vor einigen Wochen selbst erleben – in der St.-Vitus-Schützenhalle in Bödefeld. Bei einer Podiumsdiskussion gelang es Windkraftgegnern, den sonst so besonnenen Minister zu reizen. Wer gegen die Energiewende sei, sei für Atom- und Kohlekraft, rief Remmel erregt in den Aufbruch hinein.

„St. Vitus – Freiheit und Land“ steht auf der linken Seite der Bühne in der Bödefelder Schützenhalle. Auf der rechten Seite die Schützenpfeile. „Glaube, Sitte, Heimat“. Das passt gut zum Anspruch der Windkraftgegner. Sie sehen sich als Heimatschützer, als Verteidiger von Freiheit und Land. „Wir wollen nicht, dass unsere Wälder industrialisiert werden“, sagt Werner Weller. Die Menschen müssten vor Lärm, Infraschall und optischer Bedrängung geschützt werden. Kein einziges konventionelles Kraftwerk und kein Gramm Kohlendioxid werde gespart, weil der Wind einfach zu unberechenbar weht. „Es geht bei Windkraft nicht um Ökologie,

sondern um das große Geld, das Investoren verdienen wollen“, sagt Weller. Er freut sich über Bündnispartner aus der Politik wie Michael Wäschchenbach, der für die CDU im Landtag von Rheinland-Pfalz sitzt. Wäschchenbachs Partei fordert mittlerweile ein Windkraft-Ausbau-Moratorium. Auch René Rock, der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, ist in die Schützenhalle nach Bödefeld gekommen. „Wir sind die Anti-Windkraft-Partei.“ Auf die Bundes-FDP wirke man in diesem Sinne ein, verspricht Rock, der an seinem Revers einen Anstecker mit durchgestrichenem Windrad trägt. Seine Parteifreunde in Nordrhein-

Westfalen konzentrieren sich derzeit allerdings noch auf den Umstand, dass es ausgerechnet der grüne Umweltminister Remmel war, der das Roden von Wald für Windkraftanlagen erlaubt hat.

Weller sitzt mit seinen Mitstreitern noch eine Weile in der Schützenhalle St. Vitus zusammen. Das Treffen in Bödefeld sei ein wichtiger Erfolg für die Bewegung. Nun müsse es weitergehen. Im Oktober soll es eine große Tagung der Windkraftgegner aus ganz Deutschland geben. Ihr Wunschort dafür ist das Hambacher Schloss – das Symbol der deutschen Demokratiebewegung. „Wir müssen es groß machen, das Ding“, bekräftigt Weller. „Richtig groß.“

- 3 -



Windmühlen? Ein Konvoi von Transportern mit Windradflügeln auf dem Weg nach Neu-Bamberg in Rheinland-Pfalz

Foto Pic